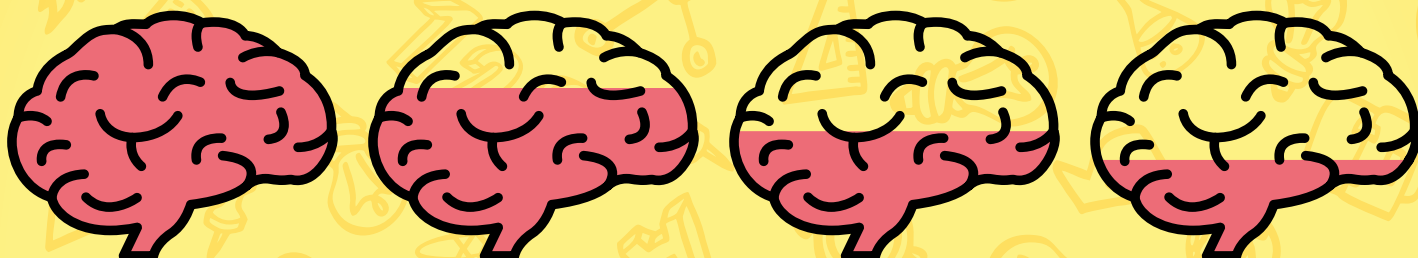


Das Niveau sinkt



Bildungsmonitor 2023. Seit 2004 untersucht das Institut der deutschen Wirtschaft jährlich das Bildungssystem in allen Bundesländern. Während sich die Bildungsqualität in den ersten zehn Jahren verbesserte, sinkt sie nunmehr in vielen Ländern seit einer Dekade. Vor allem in puncto Integration hat Deutschland große Rückschritte gemacht. Umso wichtiger sei es, bereits bei den Vorschulkindern auf gute Deutschkenntnisse zu achten und gegebenenfalls nachzusteuern, sagen die beiden IW-Studienautoren Christina Anger und Axel Plünnecke. —> [Seiten 2-5](#)

Zuwanderung

Im Jahr 2022 wanderten so viele Menschen aus dem Ausland nach Deutschland zu wie noch nie. Knapp zwei Drittel der Zuwanderer stammten aus der Ukraine.

—> [Seiten 6-8](#)

Arbeitszeit

Kann sich Deutschland die Viertagewoche leisten? Der entsprechende Produktivitätszuwachs müsste 25 Prozent betragen, davon ist die Bundesrepublik weit entfernt.

—> [Seiten 10-11](#)

Alarmstufe Rot

Bildungsmonitor 2023. Wie steht es um das Bildungssystem in Deutschland? Nicht gut, zeigt die 20. Auflage des Bildungsmonitors des Instituts der deutschen Wirtschaft. In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Bildungsqualität in fast allen Bundesländern verschlechtert. Die Politik muss dringend eine Kehrtwende schaffen.

Wie es um das Bildungssystem in Deutschland bestellt ist, schaut sich das IW seit 2004 im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirt-

schaft an. Die Forscherinnen und Forscher ermitteln die Fort- beziehungsweise Rückschritte in insgesamt 13 Handlungsfeldern mit 98 einzelnen

Indikatoren und vergleichen diese zwischen den Bundesländern. Das diesjährige Ergebnis (Grafik):

Sachsen und Bayern liegen im Ranking des Bildungsmonitors vorn. Am schlechtesten schneiden Brandenburg, Berlin und Bremen ab.

Zusätzlich haben die Studienautoren einen Langzeitvergleich zum Bildungsmonitor 2013 gezogen. Der alarmierende Befund: In fast allen Bundesländern hat sich die Bildungsqualität in den vergangenen zehn Jahren verschlechtert. Der gesamtdeutsche Punktedurchschnitt lag in diesem Jahr bei 47,1 Punkten und damit 2,5 Punkte unter dem Wert von 2013.

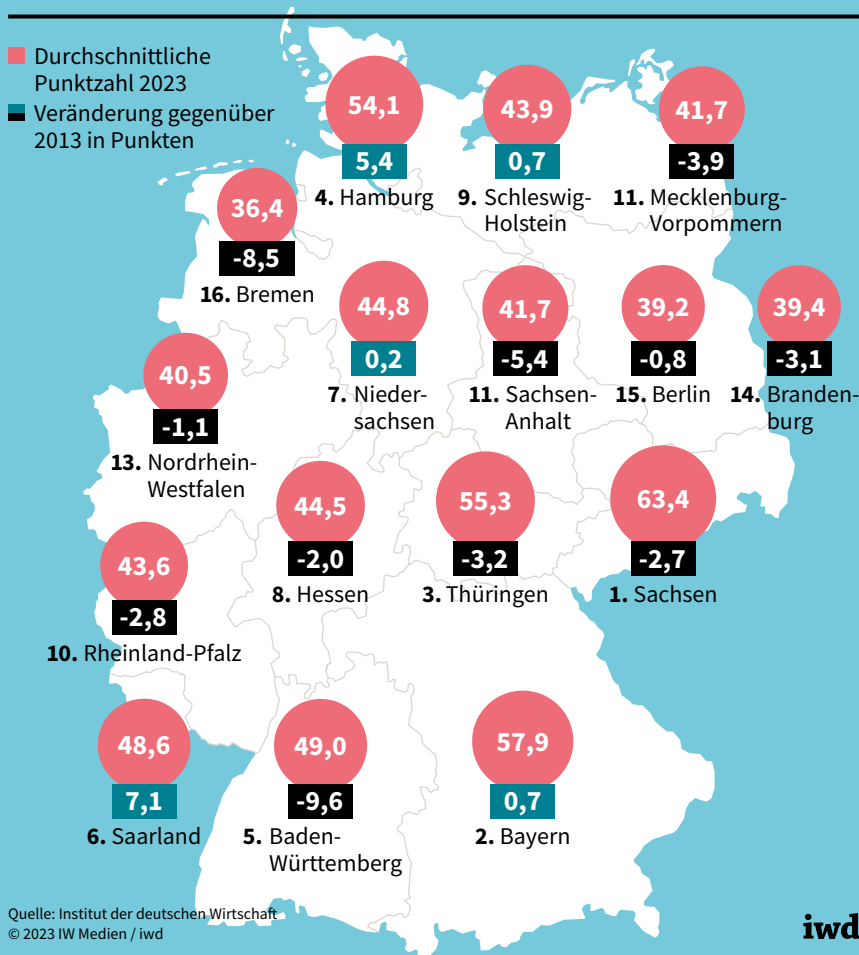
Nur das Saarland (+7,1 Punkte) und Hamburg (+5,4 Punkte) konnten sich in diesem Zeitraum nennenswert steigern. In Bayern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen stagnierte das Bildungsniveau weitestgehend, in den restlichen elf Bundesländern ging es zurück. Am drastischsten fallen die Verluste in Baden-Württemberg (-9,6 Punkte), Bremen (-8,5 Punkte) sowie in Sachsen-Anhalt (-5,4 Punkte) aus.

Woran genau es hapert, zeigt sich, wenn man die Ergebnisse der einzelnen Handlungsfelder miteinander vergleicht (Grafik Seite 3):

Während die Bundesländer bei der Internationalisierung, der Förderinfrastruktur und den Betreuungsbedingungen die

Bildungsmonitor: Viele Bundesländer haben sich seit 2013 verschlechtert

Der Bildungsmonitor untersucht die Bildungssysteme der Bundesländer anhand von 98 Einzelindikatoren in 13 Handlungsfeldern. Das Land, welches im Jahr 2013 bei einem Indikator den schlechtesten Wert erzielt hat, bekam 0 Punkte und das Land mit dem besten Ergebnis 100 Punkte. Seither werden die Punkte basierend auf diesen Ausgangswerten fortgeschrieben.



größten Fortschritte gemacht haben, haben sie sich insbesondere in puncto Integration, Schulqualität und der Vermeidung von Bildungsarmut enorm verschlechtert.

So haben sich bundesweit zwar die Betreuungsrelationen verbessert – auf eine Lehrkraft kommen also weniger Kinder – und die Ganztagsinfrastruktur wurde ausgebaut, den insgesamt negativen Trend können diese Entwicklungen allerdings nicht aufhalten. Im Zehnjahresvergleich besonders verschlechtert hat sich die Bildung von Kindern aus Haushalten mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Haushalten, also jenen, in denen die Eltern keine abgeschlossene Berufsausbildung haben.

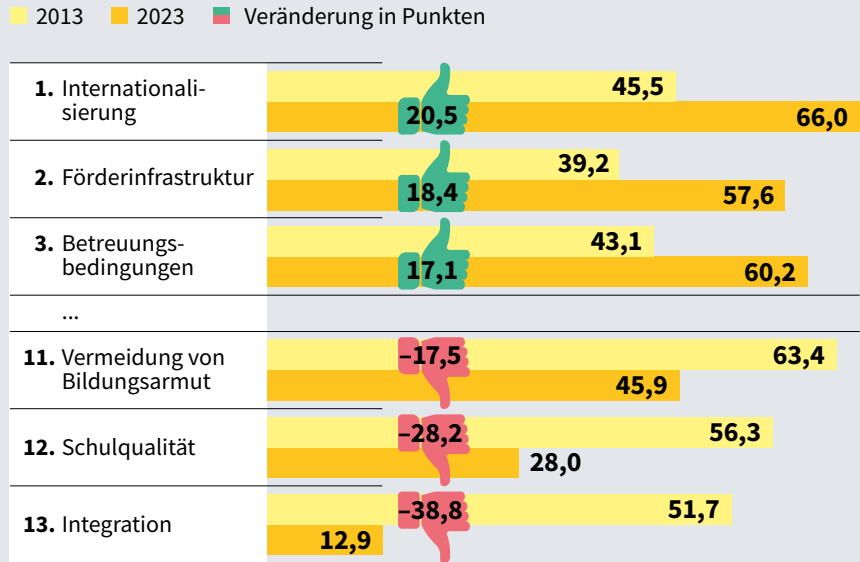
Zudem sprechen immer mehr Vorschulkinder zu Hause nicht Deutsch: Lag deren Anteil an allen Vorschulkindern im Jahr 2008 noch bei knapp 16 Prozent, waren es 2021 rund 5 Prozentpunkte mehr.

Um ein zukunftsfähiges Bildungssystem sicherzustellen, muss die Politik zügig handeln. Das IW empfiehlt eine Reihe von Maßnahmen, die auf drei Ziele einzahlen:

Durch bessere Bildungschancen Ungleichheiten reduzieren. Um Schülerinnen und Schüler bestmöglich zu fördern und herkunftsbedingte Ungleichheiten abzubauen, muss die Schulqualität steigen. Dafür braucht es gezielte staatliche Investitionen. Sinnvoll wäre es, auf Grundlage eines Sozialindex zu entscheiden, wo wie viel investiert wird. So würden Schulen mit überdurchschnittlich großen Herausforderungen auch überdurchschnittlich unterstützt. Zudem sollte die frühkindliche Bildung – vor allem mit Blick auf die Sprachförderung – ausgebaut, die Autonomie der Schulen gestärkt und die Verantwortlichkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden besser geregelt werden.

Fort- und Rückschritte des Bildungssystems

In diesen Handlungsfeldern des Bildungsmonitors gab es zwischen 2013 und 2023 die größten Verbesserungen bzw. Verschlechterungen



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd



Um dem Lehrkräftemangel entgegenzuwirken, sollte die Qualifizierung von Quer- und Seiteneinsteigern ausgeweitet werden. Wichtig ist auch, das digital gestützte Lernen in der Lehrkräfteausbildung zu verankern und an den Schulen multiprofessionelle Teams aufzubauen – unter anderem mit IT-Experten.

Um Eltern gezielter zu unterstützen, ist der weitere Ausbau einer hochwertigen Ganztagsinfrastruktur sowie von Familienzentren an Kitas und Schulen essenziell. Der Staat sollte auch Mentoring- und Nachhilfeprogramme stärker fördern.

Neue Ungleichheiten vermeiden. Dafür muss die Regierung die digitale Infrastruktur an den Schulen weiter ausbauen sowie die Entwicklung und Verfügbarkeit digitaler Lehr- und Lernmaterialien im Unterricht steigern. Außerdem braucht es Konzepte, wie mit künstlicher Intelligenz umgegangen und in welcher Form sie in den Klassen genutzt wird. Um die IT-Kompetenzen der Schülerinnen und

Schüler zu verbessern, sollte Informatik als eigenes Fach oder als Teil bestehender Fächer bundesweit in möglichst vielen Jahrgangsstufen verpflichtend unterrichtet werden.

Demokratische Kompetenzen vermitteln. In den Grundschulen kann dies als Teil des Sachunterrichts erfolgen, in der Sekundarstufe sollte die demokratische Bildung fächerübergreifend verankert sein. Dies sollte verbindlichen Zielen und Bildungsstandards auf Ebene der Kultusministerkonferenz folgen, durch regelmäßige Studien muss dabei ein systematisches Monitoring sichergestellt sein. Weil Weltoffenheit und vielfältige Perspektiven die zentrale Grundlage von Kreativität und Innovation sind, sollten sie im Unterricht eine stärkere Rolle spielen.

IW-Gutachten

Christina Anger, Julia Betz, Axel Plünnecke:
INSM-Bildungsmonitor 2023
iwkoeln.de/bildungsmonitor-2023

Bildungsmonitor 2023. Die Bildungsqualität in Deutschland hat in den vergangenen zehn Jahren abgenommen. Höchste Zeit zu handeln, fordern die beiden IW-Wissenschaftler und Bildungsmonitor-Autoren **Christina Anger** und **Axel Plünnecke**. Im iwd-Interview sprechen sie über die größten Probleme im Bildungssystem und wie die Politik es schafft, diese zu lösen.



Foto: IW Medien

„Die Bildungsschere hat sich weiter geöffnet“

Sachsen, Bayern und Thüringen stehen wie schon in den Jahren zuvor im Bildungsmonitor ganz vorne. Was machen diese Bundesländer besser als andere?

Plünnecke: Alle drei Länder schneiden bei Vergleichsarbeiten vom Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen in der Grundschule und Sekundarstufe I gut ab. Darüber hinaus haben sie jeweils unterschiedliche Stärken: Bayern punktet in der beruflichen Bildung, Sachsen hat eine sehr gute Ganztagsinfrastruktur und geringe Bildungsarmut, Thüringen ist stark im Hochschulbereich und hat hohe Bildungsausgaben in Relation zu den sonstigen öffentlichen Ausgaben des Landes.

Alle drei haben aber auch ihre Schwächen. In Thüringen gehen bald viele Lehrkräfte in Ruhestand und müssen dann ersetzt werden. In Sachsen haben sich in den vergangenen Jahren die Betreuungsrelationen

in den Schulen stark verschlechtert, es kommen auf jede Lehrkraft also wieder mehr Kinder. Und Bayern ist trotz Ausbau der Ganztagsinfrastruktur in dem Feld schwächer als der Bundesdurchschnitt.

Im Vergleich zu 2013 gab es in fast allen Bundesländern Rückschritte. Woran liegt das?

Anger: Das liegt vor allem an drei Punkten: Schulqualität, Vermeidung von Bildungsarmut und Integration. Diese Bereiche haben sich am stärksten verschlechtert. Das hat zwei Gründe. Zum einen ist da die starke Zuwanderung der vergangenen Jahre. Es ist eine große Herausforderung, die Kinder, die nicht so gut Deutsch sprechen und zu Hause oft nicht so gut gefördert werden können, in das Schulsystem zu integrieren.

Zum anderen hat die Coronapandemie deutliche Spuren hinterlassen. Die Bildungsschere zwischen Schülerinnen und Schülern aus

sozial starken und schwachen Haushalten hat sich weiter geöffnet, da die Kinder während den Schulschließungen zu Hause ganz unterschiedlich gefördert wurden. Gerade die Kinder, die in dieser Zeit viel Unterstützung gebraucht hätten, haben sie nicht erhalten. Die Auswirkungen sehen wir jetzt.

Wie kommt es, dass Brandenburg beim Punkt Integration am besten abschneidet, Berlin aber Vorletzter ist?

Plünnecke: In Brandenburg sind unter den Ausländern wenige Schulabbrecher und der Einfluss von sozialer Herkunft auf die Bildungsergebnisse ist weniger stark. Das kann damit zusammenhängen, dass sich in Berlin soziale Probleme viel stärker in einzelnen Vierteln ballen. Dies macht die soziale Durchlässigkeit noch mal schwieriger als in ländlichen Regionen, wo Personen mit besonderem Integrationsbedarf besser verteilt sind.

Insgesamt war Deutschland vor der Pandemie auf einem guten Weg, den Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungserfolg zu reduzieren. Jetzt heißt es, dieses Problem durch gezielte Förderung wieder stärker anzugehen.

Das IW hat umfassende Handlungsempfehlungen aufgestellt, damit es im Bildungssystem wieder aufwärtsgeht. Ist es nicht utopisch, all dies umzusetzen?

Anger: Nicht utopisch, sondern dringend nötig! Langfristig lohnt es sich für den Staat, wenn mehr Personen mit besseren Bildungsabschlüssen auf den Arbeitsmarkt gelangen und so zur Fachkräftesicherung beitragen. Schließlich haben wir ein riesiges demografisches Problem. Da können wir es uns nicht leisten, dass 20 Prozent der Kinder nicht ausbildungsreif sind. Daraus resultieren auch hohe Sozialkosten und fehlende Steuereinnahmen für den Staat. Deshalb ist es so wichtig, gezielt zu unterstützen.

Was kostet die Unterstützung?

Plünnecke: Für rund 10 Milliarden Euro im Jahr lassen sich viele Maßnahmen umsetzen und die Schülerinnen und Schüler gut fördern. So würde sich der Staat auch endlich dem vor rund zehn Jahren ausgerufenen Ziel, 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung auszugeben, nähern.

Sind die Probleme alle mit Geld zu lösen?

Plünnecke: Einfach pauschal die Ausgaben zu erhöhen und das Geld ziellos ins Bildungssystem zu stecken, bringt wenig. Das Wichtigste ist eine zielgenaue Förderung, man muss von vornherein wissen, wo die Mittel überhaupt gebraucht werden. Hierfür sind Vergleichsarbeiten als Datengrundlage ein guter Weg. So können gezielt Schulen finanziell unterstützt und dort Sprachförderung angeboten werden, wo die

Bedarfe groß sind. In Hamburg funktioniert dieses Bildungscontrolling schon gut, die anderen Bundesländer sollten sich da etwas abschauen.

Mit mehr Vergleichsarbeiten könnten die Schulen zudem viel besser voneinander lernen. Wenn ich nur in der dritten Klasse eine Vergleichsarbeit schreibe, weiß ich ja nicht, wie groß oder klein der Lernerfolg ist. Es ergibt mehr Sinn, beispielsweise in der ersten und dritten Klasse Vergleichsarbeiten zu schreiben und für jede Schule zu ermitteln, wie die Kompetenzen derselben Klasse innerhalb von zwei Jahren gestiegen sind. So kann man sehen, ob es bestimmte Leuchtturmschulen gibt, die besonders gute Lernzuwächse erreichen. Und dann gilt es zu schauen, was diese Schulen anders machen und ob man das überall so umsetzen kann. Dieses Potenzial lassen wir in Deutschland noch komplett liegen. Man macht eine Vergleichsarbeit, weil man sie eben machen muss, und dann passiert nichts.

Wo sehen Sie die drängendsten Probleme?

Plünnecke: In den durch die Pandemie bedingten Lernlücken. Die Bundesländer versuchen zwar, diese zu schließen, aber viel zu ungenau. Wir hätten uns auch in dieser Hinsicht Vergleichsarbeiten gewünscht, sodass man zunächst feststellt, wo genau die Lücken sind. Daraufhin hätte man die Förderprogramme durchführen müssen – dann wäre es möglich gewesen, die Maßnahmen nach einem Jahr zu bewerten und die Programme entsprechend anzupassen.

Essenziell ist zudem, dass die Kinder wieder mehr lesen. Die Lesekompetenz ist die Startkompetenz, die jeder braucht, um alle anderen schulischen Kompetenzen zu entwickeln. Wenn ich kein gutes

Textverständnis habe, kann ich auch keine Textaufgaben in Mathe lösen.

Anger: Auch die Sprachförderung ist sehr wichtig. Die sollte möglichst schon vor der Schule beginnen, so wie in Hamburg: Im Alter von viereinhalb Jahren wird getestet, wie gut die Kinder Deutsch sprechen. Wenn das nicht ausreicht, müssen sie mit fünf Jahren in eine Art Vorschule. Einfach, damit die Kinder, wenn es für sie in die Schule geht, alles verstehen und nicht schon beim Schulstart sofort abgehängt sind.

Ein großes Problem ist darüber hinaus der Lehrkräftemangel. Das ganze System steht und fällt mit guten Lehrerinnen und Lehrern in einer ausreichenden Zahl. Es muss viel mehr dafür geworben werden, sodass genug Menschen diesen Beruf ergreifen.

Haben Sie Hoffnung, dass Deutschland die Probleme lösen kann?

Anger: Sie müssen gelöst werden. Die Notwendigkeit eines stärkeren Bildungscontrollings und zielgenauer Förderung haben viele Bundesländer mittlerweile auf dem Schirm. Aber die Aufgabe ist natürlich nach wie vor sehr groß.

Plünnecke: Eine große Chance bietet die Digitalisierung. Digitale, intelligente Lernsoftware oder die Gamifizierung – also der gezielte Einsatz von spielerischen Elementen in spielfremden Umgebungen – sind gute Möglichkeiten, Kinder zum Lernen zu motivieren. Sie sehen ihre Fortschritte durch höhere Scores und erhalten ein motivierendes Feedback. Da ist noch viel Potenzial, das man zudem gut skalieren kann. Es muss sich nicht jeder Lehrer allein die bestmögliche Förderung überlegen, sondern Millionen von Kindern können gleichzeitig hochwertige digitale Lernangebote nutzen. Hier lohnt es sich, noch viel mehr Geld als bislang zu investieren.

Deutschland wächst!

Zuwanderung. Deutschland ist für viele Menschen aus dem Ausland attraktiv – sei es, weil sie hier Schutz, ein hohes Einkommen oder gute Ausbildungsmöglichkeiten suchen. Im vergangenen Jahr kamen besonders viele Zuwanderer in die Bundesrepublik. Um den demografischen Wandel und seine Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt abzufedern, braucht es jedoch eine gezielte Erwerbs- und Bildungszuwanderung mit niedrigeren bürokratischen Hürden.

Es ist ein neuer Rekord: Annähernd 1,5 Millionen Menschen wanderten 2022 per saldo aus dem Ausland nach Deutschland ein – noch einmal deutlich mehr als im bisherigen Rekordjahr 2015, in dem rund 1,1 Millionen Menschen zuzogen.

Heute wie damals spielten Kriege eine entscheidende Rolle für die starken Wanderungsbewegungen. 2015 war es der Krieg in Syrien, der laut UN-Flüchtlingskommissariat seit 2011 mehr als 13 Millionen Syrer veranlasst hat, entweder innerhalb des eigenen Landes oder über die Landesgrenze hinweg zu fliehen. 2022 war es der russi-

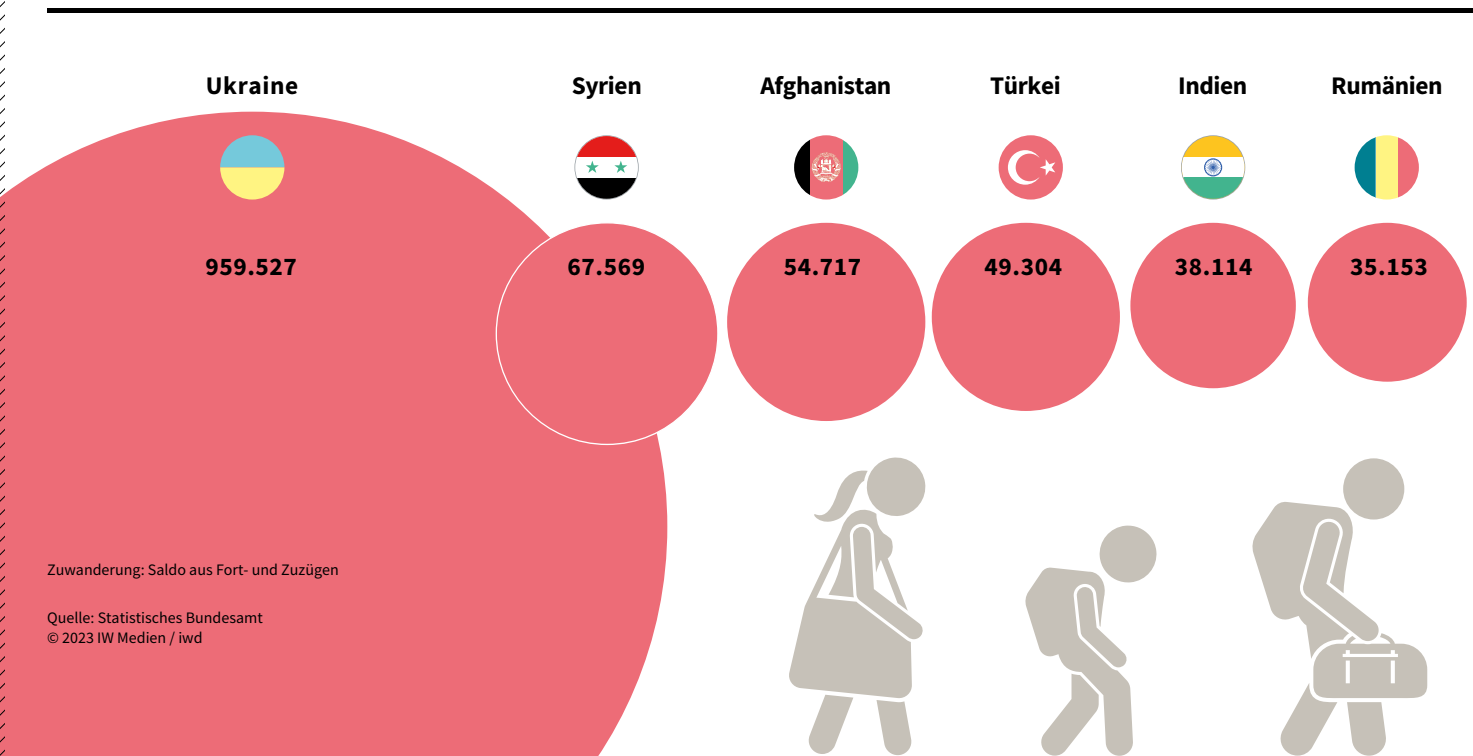
sche Angriffskrieg in der Ukraine, der bislang mehr als sechs Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer bewegt hat, Zuflucht in einem europäischen Staat zu suchen. Ein großer Teil davon kam nach Deutschland (Grafik):

Ukrainische Staatsbürger machten 2022 mit rund 960.000 Personen die größte Gruppe der Zuwanderer nach Deutschland aus.

Die weiteren 500.000 Ausländer, die im vergangenen Jahr aus anderen Staaten als der Ukraine ihren Weg nach Deutschland fanden, sind eine bunte Mischung: aus Geflüchteten, insbesondere aus Syrien und Afghanistan,

Zuwanderung: Top 15 der Herkunftsländer

So viele Menschen sind 2022 aus diesen Ländern nach Deutschland eingewandert



sowie aus Menschen, die primär aus Erwerbsgründen umsiedelten. Letztere stammen zumeist aus den neuen EU-Mitglieds- und den Westbalkanländern sowie aus Indien.

Angesichts der demografischen Probleme Deutschlands ist Zuwanderung grundsätzlich erwünscht. So haben Migranten in den vergangenen Jahren einen nicht unerheblichen Beitrag zur Sicherung der Arbeitskräftebasis geleistet (Grafik Seite 8):

Zwischen Ende 2017 und Ende 2022 hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ohne deutsche Staatsangehörigkeit von 3,6 Millionen um 1,5 auf 5,1 Millionen Beschäftigte erhöht.

Dieses Plus ist keineswegs nur auf einfache Helfertätigkeiten zurückzuführen: Viele dieser ausländischen Arbeitskräfte sind in Berufen tätig, die ein hohes Qualifikationsniveau voraussetzen.

Allerdings strömen nicht aus allen Staaten per se perfekt ausgebildete Menschen nach Deutschland. Ein kurzer Überblick zeigt, aus welchen Ländern derzeit welche Personengruppen kommen und wie gut sie sich auf dem hiesigen Arbeitsmarkt integrieren:

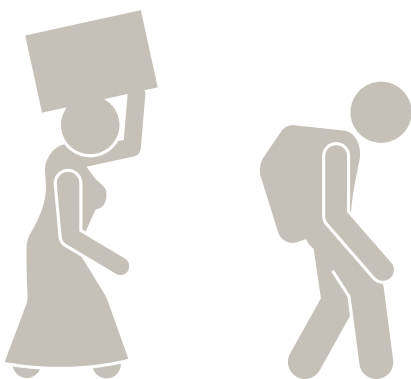
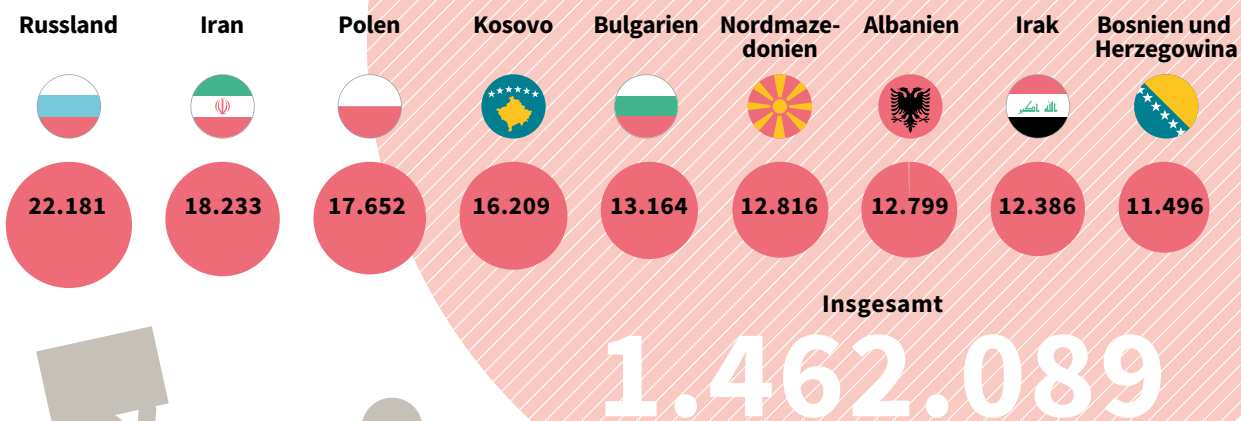
Im Februar 2023 gingen erst 16,5 Prozent der **ukrainischen Staatsangehörigen** im erwerbsfähigen Alter in Deutschland einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach, was auch damit zusammenhängt, dass sehr viele Mütter mit Kindern aus dem Kriegsgebiet nach Deutschland kommen. Rund 60 Prozent der erwerbsfähigen ukrainischen Flüchtlinge bezogen Anfang

2023 staatliche Transferleistungen nach dem zweiten Sozialgesetzbuch. Damit steht die Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten aus der Ukraine noch ganz am Anfang.

Im Jahr 2022 kamen auch überdurchschnittlich viele **Flüchtlinge** aus anderen Ländern als der Ukraine nach Deutschland. Insgesamt wurden in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr 218.000 Erstanträge auf Asyl gestellt, davon 141.000 aus nur acht Herkunftsländern: Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien. Die Lage am deutschen Arbeitsmarkt hat sich für syrische Staatsangehörige – der im Jahr 2022 mit knapp 68.000 Migranten zweitgrößten Zuwanderergruppe – in den vergangenen Jahren zwar verbessert, ist aber immer noch ungünstig: Ihr Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter lag im Februar 2023 bei nur rund 32 Prozent; jeder Zweite von ihnen bezog Transferleistungen nach dem zweiten Sozialgesetzbuch. Das liegt zu einem guten Teil am niedrigen Bildungsstand der Geflüchteten. So hatte fast ein Drittel (31 Prozent) der 2021 in Deutschland Asyl suchenden, erwachsenen syrischen Staatsangehörigen maximal eine Grundschule besucht.

Die **Zuwanderer aus den neuen EU-Mitgliedsländern** tragen entscheidend zur Linderung des heimischen Fachkräftemangels bei: Waren im März 2010 lediglich

Fortsetzung



267.000 Staatsangehörige eines neuen EU-Mitgliedsstaats in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt, lag ihre Zahl mit rund 1,7 Millionen im März 2023 mehr als sechsmal so hoch. Zudem ist diese Personengruppe mit 7,8 Prozent nur selten auf staatliche Transferleistungen angewiesen. Allerdings üben rund 46 Prozent der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Zuwanderer aus Kroatien, Bulgarien, Rumänien, Polen, der Slowakei, Tschechien, Estland, Lettland und Litauen hierzulande nur Helfertätigkeiten aus, für die kein berufsqualifizierender Abschluss nötig ist.

Die **Zuwanderer aus den Westbalkanländern** sind ein wenig besser qualifiziert: 60 Prozent derjenigen, die im November 2022 einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Deutschland nachgingen, hatten Jobs, für die eine mindestens zweijährige Berufsausbildung notwendig ist. Somit besetzte diese Zuwanderergruppe 263.000 Stellen für Fachkräfte. Auch ihre Beschäftigungsquote insgesamt ist hoch: Im März 2023 lag sie bei rund 56 Prozent, der Anteil der Leistungsbezieher betrug knapp 11 Prozent.

Die **Türkei** war lange das mit weitem Abstand bedeutendste Herkunftsland von Zuwanderern in Deutschland. Während 2020 nur rund 20.000 Türken nach Deutschland kamen, waren es 2022 mit rund 49.000 mehr als doppelt so viele. Auch die Zahl der türkischen Asylantragsteller ist zuletzt stark gestiegen. Das Gleiche gilt für den Zuzug von Studenten mit türkischem Pass.

Die Zuwanderung aus **Indien** erfolgt in erster Linie aus Erwerbs- und Bildungsgründen. Der Großteil der Inder, die nach Deutschland kommen, ist hochqualifiziert – und hätte somit auch die Option, in ein angelsächsisches Land einzuwandern, in dem sie keine neue Sprache erlernen müssen. Die Qualifikationsstruktur sowie der Arbeitsmarkterfolg vieler Zuwanderer aus **Ägypten, Indonesien und Kolumbien** ist ähnlich.

Aus ökonomischer Sicht sollte die Politik einige Zuwanderungsformen gezielt fördern – nämlich die Erwerbs- und Bildungszuwanderung aus Drittstaaten, wobei der Fokus auf Ländern liegen sollte, die nicht selbst ein Demografieproblem haben. Staaten mit einer wachsenden Bevölkerung sind beispielsweise Indien, Ägypten und die Türkei, wobei sich Deutschland nicht vollkommen abhängig machen sollte von wenigen einzelnen Ländern, sondern auch in anderen Weltregionen gezielt Fachkräfte anwerben sollte. Wichtig dabei wäre es, neben Deutschlernangeboten in den Heimatländern und in Deutschland selbst gute rechtliche Zugangswege in die Bundesrepublik sowie einfache, schnelle und transparente Verfahren für die Vergabe von Visa und Aufenthaltstiteln zu entwickeln; denn derzeit stellen die

Ausländische Arbeitskräfte: Starker Zuwachs

Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland mit dieser Staatsangehörigkeit zwischen Dezember 2017 und Dezember 2022

Rumänien	184.897
Syrien	137.234
Polen	119.681
Ukraine	84.078
Bulgarien	70.755
Indien	69.806
Afghanistan	48.311
Kroatien	44.821
Kosovo	43.211
Irak	36.118
Bosnien und Herzegowina	34.594
Albanien	33.322
Iran	32.324
Russland	30.839
Serbien	29.456
Türkei	27.494
Italien	24.250
Nordmazedonien	23.641
...	
Insgesamt	1.507.307

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

langen Bearbeitungs- und Wartezeiten bei der Visavergabe noch ein substantielles Hemmnis für die Zuwanderung von Fachkräften aus dem außereuropäischen Ausland dar.

IW-Report 43/2023

Wido Geis-Thöne:

Rekordzuwanderung nicht nur aufgrund der Flucht aus der Ukraine – Eine Betrachtung der im Jahr 2022 bedeutendsten Wanderungsbewegungen

iwkoeln.de/rekordzuwanderung

Riesige Lücke

Bundeshaushalt. Die Bundesregierung setzt Jahr für Jahr darauf, dass nicht alle geplanten Ausgaben umgesetzt werden. Dadurch können zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung noch bestehende Lücken im Tagesgeschäft geschlossen werden. Eine IW-Auswertung der aktuellen Finanzplanung zeigt, dass bis 2027 in Summe 60 Milliarden Euro auf diesem Wege gespart werden müssen – viel mehr als sonst.

Kindergrundsicherung, Industriestrompreis, Wachstumschancengesetz: Die Bundesregierung plant Investitionen in Milliardenhöhe. Dabei klappt laut einer IW-Auswertung im Bundeshaushalt bereits heute schon eine milliarden schwere Lücke, die nicht gegenfinanziert ist. Stellt man die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben des jüngsten Haushaltsentwurfs und der zugehörigen Finanzplanung gegenüber, zeigt sich der Handlungsbedarf (Grafik):

Im Jahr 2024 beträgt der Saldo zwischen den sogenannten globalen Mehreinnahmen und den globalen Minderausgaben im Bundeshaushalt annähernd 10 Milliarden Euro.

In dieser Höhe muss die Bundesregierung Einsparungen im Laufe des Jahres 2024 vornehmen, um den Haushaltsausgleich zu schaffen und die Schuldenbremse einzuhalten. Im Jahr 2027 wird sich die Differenz nach der aktuellen Finanzplanung bereits auf 27 Milliarden Euro belaufen, sodass sich im Bundeshaushalt bis dahin eine Lücke von knapp 60 Milliarden Euro aufsummiert haben dürfte.

Die Mehrkosten durch geplante Steuererleichterungen für die Wirtschaft in Höhe von insgesamt mehr als 32 Milliarden Euro, die das Wachstumschancengesetz vorsieht, sind hier noch nicht einmal berücksichtigt.

In den vergangenen Jahren betrug die jährliche Finanzierungslücke im Bundeshaushalt oftmals nur zwischen 1 und 4 Milliarden Euro. Dass die Differenz zwischen den globalen Mehreinnahmen und Minderausgaben im Bundeshaushalt stetig wächst, hat vor allem zwei Gründe.

Demografischer Wandel: Aufgrund der alternden Bevölkerung, in der immer mehr Rentner von immer weniger Arbeitnehmern finanziert werden müssen, steigen die staatlichen Kosten für die soziale Sicherung, also für die Rentenversicherung und das Gesundheitssystem.

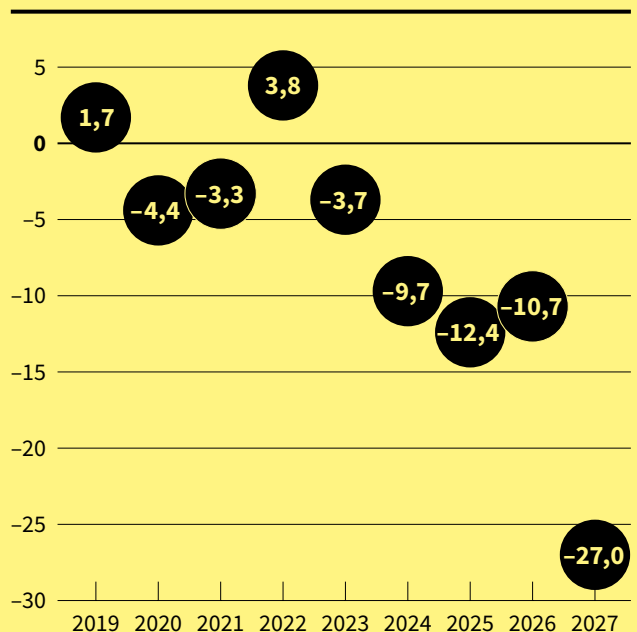
Die geplante Erhöhung der Grundsicherungssätze im Alter – ab 2024 sollen sie um 12 Prozent steigen – zieht ebenfalls noch nicht eingepreiste Mehrkosten nach sich.

Höhere Zinsen: Aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus hat die Bundesregierung in puncto Staatsverschuldung zudem deutlich weniger Spielraum als früher. Die Verbindlichkeiten des Bundes belaufen sich aktuell auf rund 1,8 Billionen Euro. Allein in diesem Jahr sind dafür Zinskosten von 40 Milliarden Euro zu stemmen. Zum Vergleich: Im Jahr 2021 waren es lediglich 4 Milliarden Euro.

Dass im Haushaltsentwurf in begrenztem Umfang offenbleibt, wo künftig exakt wie viel Geld eingespart werden soll, ist nicht ungewöhnlich. Schließlich werden regelmäßig nicht alle veranschlagten Finanzmittel später auch abgerufen. Dass aber am Ende eines Haushaltsjahrs mal eben 10 Milliarden Euro übrig bleiben sollen, spricht nicht für eine nachhaltige Finanzpolitik. Deshalb sollte die Bundesregierung dringend die Frage beantworten, wo sie Ausgaben streichen will.

Bundeshaushalt: Finanzlücke steigt

Saldo aus globalen Minderausgaben und Mehreinnahmen laut jeweiligem Haushaltsentwurf sowie aktueller Finanzplanung in Milliarden Euro



Quellen: Deutscher Bundestag, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

Der Wunsch nach weniger

Arbeitszeit. Deutschland debattiert über die Viertagewoche. Befragungen zeigen, dass sich ein beträchtlicher Teil der Arbeitnehmer hierzulande wünscht, weniger zu arbeiten oder die Arbeitszeit auf weniger Tage zu verteilen. Doch angesichts einer immer älter werdenden Bevölkerung und dem Fachkräftemangel würde ein verringertes Arbeitszeitvolumen zu Wohlstandsverlusten für alle führen. Und auch die Arbeitsverdichtung auf weniger Tage hat ihre Tücken.

Belgien macht es vor: Seit November 2022 haben Arbeitnehmer dort einen Anspruch, ihre Arbeitswoche bei gleicher Stundenzahl zu verkürzen. Die sogenannte Compressed Workweek erlaubt Vollzeitkräften, ihre Arbeit auf vier statt fünf Tage zu verteilen – bei gleicher Wochenarbeitszeit und Bezahlung.

Das belgische Modell stößt auch bei den Bundesbürgern auf Interesse, wie aus der IW-Beschäftigtenbefragung aus dem Frühjahr 2023 hervorgeht (Grafik):

In Deutschland würden knapp 28 Prozent der Vollzeitkräfte ihre

vertragliche Arbeitszeit gerne auf weniger Tage verteilen.

Die Auswirkungen einer solchen Arbeitszeitverdichtung sind schwer einzuschätzen. Viele der Befürworter dürften eine Viertagewoche im Kopf haben, in der sie Montag bis Donnerstag arbeiten und an die sich drei Tage Wochenende anschließen. Freie Tage mitten in der Woche sind vermutlich weniger beliebt. Daraus könnten sich in einzelnen Teams Konflikte über die Aufteilung der Arbeitstage ergeben. Betriebe, die durchgängig erreichbar sein müssen – etwa im Gesundheitswesen –,

könnten das Modell zudem nur mit zusätzlichem Personal umsetzen.

Ein weiteres Risiko: Vor allem Beschäftigte, die sich häufig durch ihren Job gestresst fühlen, möchten ihre Arbeit gerne auf weniger Tage verteilen. Ob sich die Beschäftigten dadurch besser erholen, ist fraglich. Der Druck, in vier Tagen das Arbeitspensum von fünf Tagen zu erledigen, kann womöglich zu mehr Stress führen und bewirken, dass sich Beschäftigte nur noch auf das Tagesgeschäft konzentrieren. Das könnte kreativer Arbeit schaden.

Durchaus Sinn ergibt die Compressed Workweek für Beschäftigte und Arbeitgeber, die dadurch weniger Übernachtungen oder Fahrten – beispielsweise zu weit entfernten Baustellen – in Kauf nehmen müssen.

Ein noch größerer Teil der Vollzeitbeschäftigten wünscht sich allerdings, die eigene Arbeitszeit nicht nur zu verdichten, sondern sie bei entsprechender Lohnanpassung zu reduzieren:

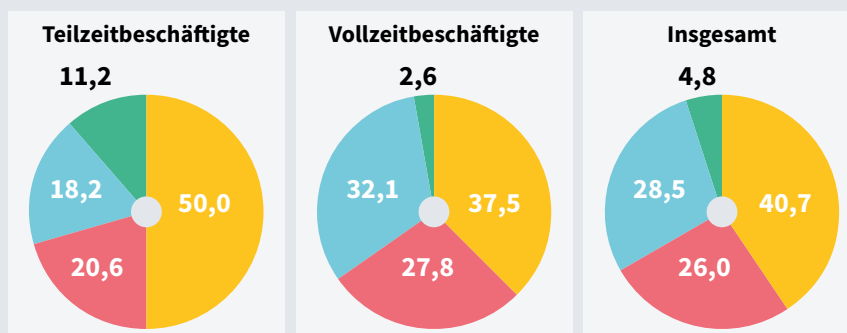
Etwa ein Drittel der befragten Vollzeitkräfte würde gerne weniger arbeiten.

Offen bleibt in der Befragung, aus welchen Gründen – also ob aus privaten oder betrieblichen – der Wunsch nach veränderten Arbeitszeiten bislang nicht umgesetzt werden konnte.

Arbeitszeit: Was sich die Beschäftigten wünschen

So viel Prozent der Beschäftigten in Deutschland würden ihre vertragliche Wochenarbeitszeit bei entsprechender Anpassung der Entlohnung gerne ...

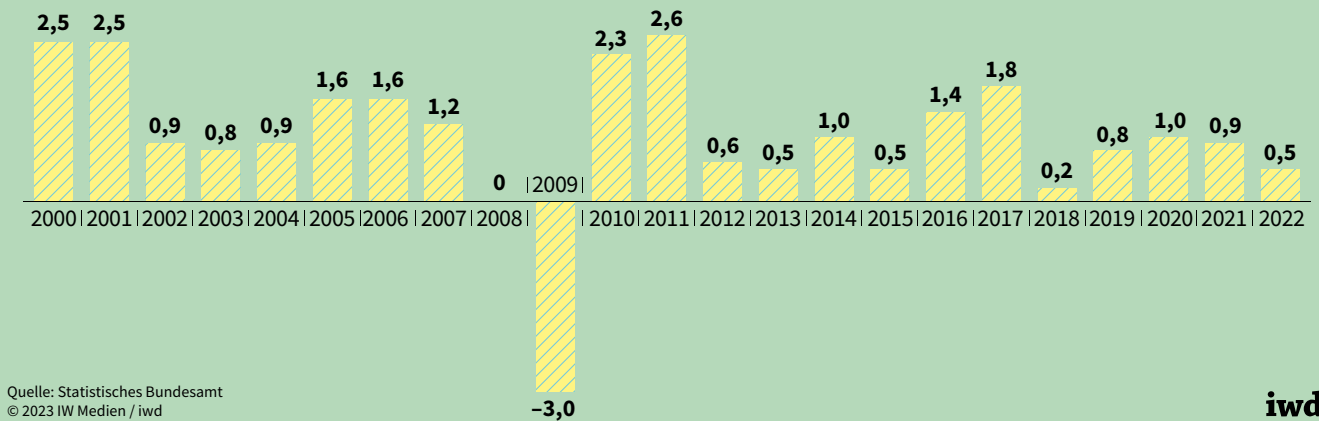
■ ... beibehalten ■ ... beibehalten, aber auf weniger Tage verteilen
■ ... verringern ■ ... ausdehnen



Teilzeitbeschäftigte: einschließlich geringfügig Beschäftigte
 Befragung von 4.970 Personen im Alter zwischen 18 und 65 Jahren im Frühjahr 2023 im Rahmen der IW-Beschäftigtenbefragung
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2023 IW Medien / iwd

Produktivität wächst nur noch langsam

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigenstunde in Deutschland gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Die IG-Metall geht mit ihren Forderungen nach einer Viertagewoche für die Stahlindustrie noch weiter. Nach dem Willen der Gewerkschaft sollen die Beschäftigten ihre Arbeitszeit bei gleichbleibendem Gehalt reduzieren können, mit dem Verweis darauf, Beschäftigte seien bei kürzeren Arbeitszeiten motivierter und damit auch produktiver.

Damit diese Rechnung aufgeht, wäre ein deutlicher Produktivitätsanstieg nötig. Eine Beispielrechnung: Wenn sich die Arbeitswoche von fünf auf vier Tage verringert, reduziert sich die Arbeitszeit um 20 Prozent. Um diese Lücke auszugleichen, müsste die Stundenproduktivität um 25 Prozent steigen. So, wie sich die Stundenproduktivität in Deutschland zuletzt entwickelt hat, ist das jedoch unrealistisch (Grafik):

Im Durchschnitt nahm die Stundenproduktivität in den vergangenen 20 Jahren um jährlich 0,8 Prozent zu, wobei der Trend rückläufig ist.

Ein Anstieg um 25 Prozent entspräche dem gesamten Produktivitätszuwachs seit 1998. Es ist äußerst fragwürdig, ob deutsche Betriebe ihre Produktivität auf einen Schlag derart steigern können.

Befürworter einer Viertagewoche verweisen dagegen gern auf ein Experiment aus Island, in dem von 2015 bis 2019 die Beschäftigten verschiedener Einrichtungen – überwiegend aus dem öffentlichen Dienst – bei gleichem Lohn statt 40 Stunden nur 35 oder 36 arbeiteten. Die Ergebnisse zeigen: Manche Betriebe erbrachten weiterhin die gleiche Leistung, was für eine Produktivitätssteigerung spräche, sofern dafür keine Leistungen zugekauft wurden. Manche Betriebe – vor allem aus dem Gesundheitswesen – mussten dagegen zusätzliches Personal einstellen oder Überstunden anordnen. Die Betriebe berichteten außerdem von Produktivitätssteigerungen durch verkürzte Meetings oder gestrichene Kaffeepausen – Maßnahmen, die auch ohne Arbeitszeitverkürzung umsetzbar sind.

Auch in Deutschland startet Anfang 2024 ein Pilotprojekt zur Viertagewoche. 50 Unternehmen verschiedener Branchen werden das Arbeitszeitmodell ab dem 1. Februar testen: Sechs Monate lang kommen ihre Mitarbeiter bei gleichem Gehalt vier statt fünf Tage zur Arbeit.

Experimente dieser Art können zeigen, dass die Viertagewoche in

einzelnen Betrieben auf kurze Sicht funktionieren kann. Sie zeigen aber nicht, ob die Betriebe langfristig innovations- und wettbewerbsfähig bleiben. Was für einzelne Unternehmen sinnvoll sein mag – etwa, wenn mithilfe der Viertagewoche knappe Arbeitskräfte von Konkurrenten abgeworben werden –, löst sich mit Blick auf die gesamte Wirtschaft auf, denn:

Wenn alle Unternehmen die Arbeitszeit reduzieren, bleibt am Ende ein Arbeitszeitdefizit.

Hinzu kommt, dass die geburtenstarken Jahrgänge in den kommenden Jahren das Rentenalter erreichen. Allein dadurch wird sich der Mangel an Arbeits- und Fachkräften weiter verschärfen. In dieser Situation Arbeitszeiten zu kürzen, führt unausweichlich zu einem Wohlstandsverlust.

IW-Kurzbericht 52/2023

Andrea Hammermann, Holger Schäfer:
Arbeitszeitwünsche: Kürzere Arbeitswoche auch in Vollzeit?
iwkoeln.de/arbeitszeitwuensche

IW-Kurzbericht 58/2023

Holger Schäfer: Viertagewoche:
Kein Modell für Alle
iwkoeln.de/viertagewoche

Konkurrent verdirbt das Geschäft

Außenhandel. China hat seinen Anteil an den Importen der Europäischen Union in jüngster Zeit weiter ausgebaut, während Deutschland auf seinem wichtigsten Absatzmarkt an Boden verloren hat. Dies betrifft auch jene Industrieprodukte, auf die die deutschen Unternehmen spezialisiert sind. Das deutsche Exportmodell steht infrage.

In Diskussionen über die aktuellen Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft fällt irgendwann unweigerlich das Stichwort China. Zuletzt stand dabei oft die Abhängigkeit hiesiger Unternehmen von chinesischen Rohstoffen und Vorleistungen im Mittelpunkt. Mindestens ebenso besorgniserregend ist allerdings, wie chinesische Unternehmen

deutschen Firmen auf den globalen Märkten Konkurrenz machen – und das nicht zufällig: Die chinesische Regierung zielt mit ihrer Strategie „Made in China 2025“ darauf ab, durch massive Förderung die heimischen Unternehmen auch im Medium- und Hightech-Bereich zum Innovationsführer zu machen. Damit nimmt sie exakt jene Branchen ins

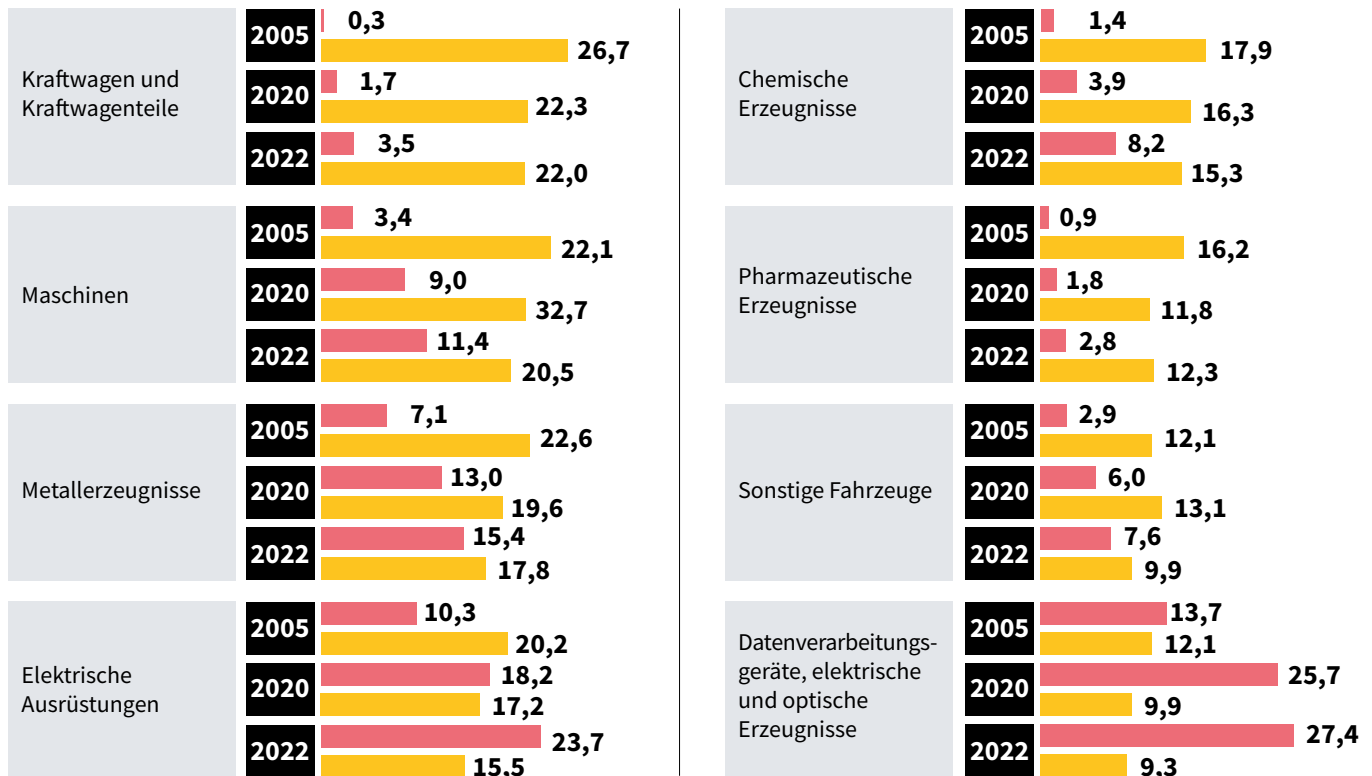
Visier, in denen Deutschland bislang Spezialisierungsvorteile hat.

Wie sich der Wettbewerb zwischen China und Deutschland konkret entwickelt, hat das IW am Beispiel des europäischen Marktes untersucht. Der Blick auf die gesamten Importe der EU zeigt: China gewinnt Marktanteile, Deutschland erleidet Einbußen.

EU-Importe: Deutschland büßt zunehmend Marktanteile ein

So viel Prozent der von der EU importierten Waren dieser Produktgruppen kamen aus ...

■ ... China ■ ... Deutschland



EU-Importe: Beziehen sich bei China auf alle 27 EU-Länder, bei Deutschland auf die übrigen 26 EU-Länder; Produktgruppen: anspruchsvolle Industriegüter, auf die Deutschland spezialisiert ist und die einen besonders großen Anteil an den EU-Importen aus Deutschland ausmachen

Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

Während sich Chinas Anteil an allen Warenimporten der EU seit 2005 annähernd verdoppelt hat und 2022 fast 9 Prozent betrug, verringerte sich der deutsche Anteil um fast 3 Prozentpunkte auf 12,5 Prozent.

Zwar ist zu berücksichtigen, dass in den Werten für China auch die deutschen Importe von dort enthalten sind. Dennoch ist der geschrumpfte Vorsprung Deutschlands bedenklich – schließlich haben die deutschen Firmen in Europa aufgrund der Zugehörigkeit zum Binnenmarkt und der geografischen Nähe klare Startvorteile. Die Zahlen zeigen zudem, dass sich die Marktanteilsverschiebungen auch in dem kurzen Zeitraum von 2020 bis 2022 fortgesetzt haben.

In einem zweiten Schritt haben die IW-Forscher den Fokus auf anspruchsvolle Industriegüter gerichtet. Dabei geht es um acht Gruppen von Produkten, die mit viel Technologie und Know-how gefertigt werden. Zusammen machen sie 61 Prozent der EU-Importe aus Deutschland aus. Den größten Importanteil haben mit annähernd 14 Prozent Kraftwagen und dazugehörige Teile, gefolgt von chemischen Erzeugnissen (11,5 Prozent) und Maschinen (11 Prozent). Von den aus China in die EU eingeführten Waren entfallen nach einem starken Anstieg sogar knapp 73 Prozent auf anspruchsvolle Industriegüter, wobei mit rund 30 Prozent die Gruppe der Datenverarbeitungsgeräte sowie elektrische und optischen Erzeugnisse dominiert.

Insgesamt hat China bei diesen Produktgruppen noch stärker zu Deutschland aufgeschlossen als bei den EU-Importen allgemein (Grafik):

Der Anteil der von den übrigen EU-Ländern aus Deutschland importierten anspruchsvollen Industrieprodukte an allen ent-

sprechenden Einfuhren ging von 2005 bis 2022 um annähernd 5 Prozentpunkte auf 15,5 Prozent zurück.

Chinas Marktanteil an den EU-Importen anspruchsvoller Industriegüter erhöhte sich dagegen im selben Zeitraum von 5,4 auf 13 Prozent. In den vergangenen beiden Jahren hat sich diese Entwicklung noch beschleunigt. Setzt sich dieser Trend fort, zieht China schon bald an Deutschland vorbei.

In einigen der acht Gruppen anspruchsvoller Industriewaren ist das bereits der Fall, in anderen schrumpft der deutsche Vorsprung zusehends (Grafik Seite 12):

Bei elektrischen Ausrüstungen war der deutsche Anteil an den EU-Importen im Jahr 2005 mit gut 20 Prozent noch fast doppelt so hoch wie der chinesische – inzwischen kommt Deutschland nur noch auf 15,5, China jedoch auf 23,7 Prozent.

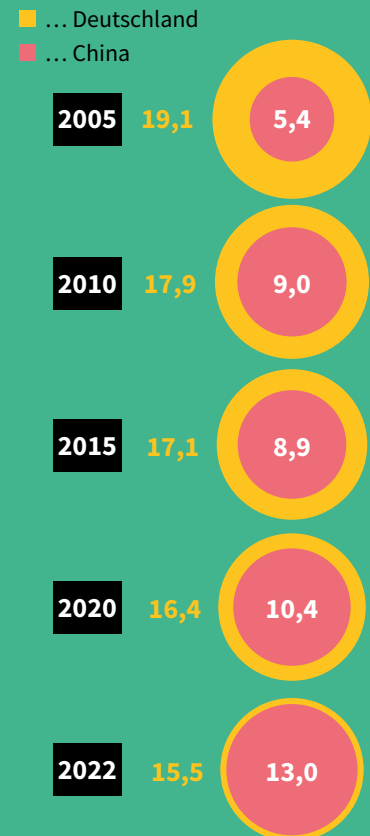
Am weitesten enteilt sind Lieferanten aus China den deutschen Firmen auf dem EU-Markt im Segment der Datenverarbeitungsgeräte.

In den Produktgruppen Maschinen sowie Kraftwagen und -teile liegt Deutschland zwar noch deutlich vor der chinesischen Konkurrenz, doch diese holt unverkennbar auf.

All dies stimmt mit Blick auf die künftige Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sorgenvoll. So dürfte sich in der Automobilsparte der aufgezeigte Trend im Zuge der in vielen Ländern angestrebten Energiewende noch beschleunigen, da sich China beim Umstieg auf die Elektromobilität bereits deutlich besser auf den internationalen Märkten positioniert hat als beim klassischen Verbrennungsmotor. Die deutsche Chemiebranche wird angesichts der hierzulande besonders hohen Energiekosten ebenfalls Mühe haben, ihre Exporterfolge zu

EU-Importe: China kommt Deutschland näher

So viel Prozent aller von der EU importierten anspruchsvollen Industriewaren kamen aus ...



EU-Importe: Beziehen sich bei China auf alle 27 EU-Länder, bei Deutschland auf die übrigen 26 EU-Länder; Anspruchsvolle Industriewaren: Waren aus den Produktgruppen chemische Erzeugnisse, pharmazeutische Erzeugnisse, Metallerzeugnisse, Datenverarbeitungsgeräte sowie elektrische und optische Erzeugnisse, elektrische Ausrüstungen, Maschinen, Kraftwagen und -teile, sonstige Fahrzeuge

Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft © 2023 IW Medien / iwd

iwd

verteidigen. Und auch im Maschinenbau sind die deutschen Anbieter trotz aller Spezialisierung längst nicht mehr immun gegen die Wettbewerber aus China. Insgesamt stehen hinter der Zukunftsfähigkeit des deutschen industriellen Exportmodells immer mehr Fragezeichen.

IW-Report 39/2023

Jürgen Matthes: Entwicklung des Konkurrenzdrucks durch China auf dem EU-Markt iwkoeln.de/konkurrenzdruck

Urlaub per Mausklick

Tourismusbranche. Digitale Buchungsplattformen sind in den vergangenen Jahren immer beliebter geworden. Die Nutzungsintensität wie auch die Reiseziele unterscheiden sich allerdings je nach Herkunft der Reisenden.

Ob Geschäftsreise, Wochenendausflug oder Familienurlaub – jedes Jahr übernachten Millionen Menschen in den Hotels, Pensionen und anderen Beherbergungsbetrieben der Bundesrepublik. Im Jahr 2019 – also vor der Coronapandemie – verzeichnete der deutsche Tourismussektor mehr als 496 Millionen Übernachtungen, rund 80 Prozent davon stammten von inländischen Gästen.

Doch bis zuletzt konnte sich die Branche nicht vollständig von ihrem Coronatief erholen. Die Summe der Übernachtungen lag im Jahr 2022 mit 451 Millionen rund 9 Prozent unter dem Niveau von 2019, was vor allem durch die gesunkene Nachfrage aus dem Ausland begründet ist: Die Übernachtungen von ausländischen Gästen brachen in diesem Zeitraum um rund ein Viertel

ein, der Buchungsrückgang der inländischen Gäste fiel mit rund 6 Prozent deutlich geringer aus.

Aber auch ein weiterer Pandemieeffekt – die in vielen Bereichen schneller voranschreitende Digitalisierung – macht sich in der Tourismusbranche bemerkbar: So konnten die Buchungsplattformen Airbnb, Booking, Expedia und Tripadvisor ihr Vor-Corona-Niveau bereits wieder übertreffen (Grafik):

Auf den vier Portalen wurden im Jahr 2022 rund 38,6 Millionen Übernachtungen in Deutschland gebucht. Das sind 3,6 Prozent mehr als 2019.

Verantwortlich für den Anstieg sind die im Netz gebuchten Übernachtungen der Bundesbürger, die im Vergleich zu 2019 um knapp 16 Prozent zunahm. Die Nachfrage aus dem Ausland ist dagegen auch hier rückläufig – die Zahl der von ausländischen Gästen über die Plattformen gebuchten Übernachtungen lag im Jahr 2022 fast 18 Prozent unter dem Niveau von 2019.

Einen weiteren Unterschied zwischen inländischen und ausländischen Online-Buchungen gibt es bei den Reisezielen. So bevorzugen die Bundesbürger Urlaube an der See und im Harz: Unter ihren zehn beliebtesten Reisezielen lagen 2022 sechs am Meer und zwei im Mittelgebirge. Ausländische Gäste tendieren dagegen zu Städtereisen, sechs der zehn beliebtesten Ziele fielen in diese Kategorie. In Berlin beispielsweise buchten ausländische Gäste im Jahr 2022 rund 1,8 Millionen Übernachtungen über eine Buchungsplattform.

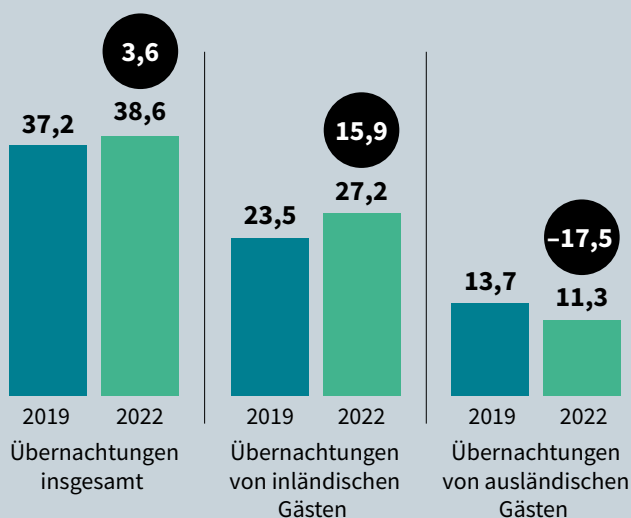
Verglichen mit 2019 ging die Zahl an ausländischen Besuchern in deutschen Städten jedoch deutlich zurück. Am stärksten betroffen ist Köln, wo internationale Gäste im vergangenen Jahr rund 53 Prozent weniger Übernachtungen über die Plattformen buchten. In Düsseldorf und Berlin ist der Rückgang mit jeweils gut 45 Prozent ähnlich groß.

Tourismus: Aufschwung von digitalen Buchungsplattformen



So viele Millionen Übernachtungen wurden über digitale Buchungsplattformen in Deutschland gebucht

■ Veränderung in Prozent



Plattformen: Airbnb, Booking, Expedia, Tripadvisor

Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 53/2023

Vera Demary, Christian Rusche: Die Bedeutung großer Onlineplattformen für den Tourismus in deutschen Kreisen und Städten

[iwkoeln.de/online-tourismus](https://www.iwkoeln.de/online-tourismus)

Wichtiger als vermutet

Binnenschifffahrt. Auf den ersten Blick spielt die Binnenschifffahrt im deutschen Transportsektor nur eine untergeordnete Rolle. Diese Fehleinschätzung hat dazu geführt, dass die Politik die Wasserstraßen vernachlässigt hat – dabei gibt es teilweise keine Alternative zum Binnenschiff.

Die Daten zur Transportleistung in Deutschland klingen eindeutig: Über 72 Prozent der sogenannten Tonnenkilometer wurden im Jahr 2021 auf der Straße – also vor allem per Lkw – zurückgelegt und 18,6 Prozent mit der Bahn. Die Binnenschifffahrt kam derweil auf einen Anteil von lediglich knapp 7 Prozent.

Da überrascht es nicht, dass Deutschlands Flüsse und Kanäle bei politischen Investitionsentscheidungen in der Vergangenheit oft das Nachsehen hatten (Grafik):

Gut 54 Prozent des Bruttoanlagevermögens in Form von Binnen-

häfen und Schleusen stammen aus Investitionen von vor 1991. Bei den Bundesfernstraßen gilt das für lediglich 40 Prozent. Im Schienennetz trifft dies nur auf 29 Prozent des Bruttoanlagevermögens zu.

Dabei ist vor allem der Rhein ein enorm wichtiger Transportweg, gerade für die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens. Auf das Rheingebiet entfielen zuletzt fast zwei Drittel der innerdeutschen Binnenschifffahrt. Zentral ist der Rhein insbesondere für den sogenannten Seehafenhinterlandverkehr zwischen Rotterdam und Duisburg.

Hinter diesem sperrigen Wort verbirgt sich die Tatsache, dass die Fracht der riesigen Containerschiffe, die an den Seehäfen vor Anker gehen, ins Binnenland weitertransportiert werden muss. Ein Hochseeschiff kann locker 10.000 Standardcontainer transportieren, häufig sogar deutlich mehr. Allein schon für 10.000 solcher Container bräuchte es bereits 5.000 Lkws, um die Fracht an Land weiterzuverteilen.

Die Alternative wären 96 Güterzüge mit je 35 Waggons – oder aber 30 Binnenschiffe. Die Schiene kann die Binnenschiffe allerdings kaum ersetzen, denn die Bahnstrecken entlang des Rheins sind überlastet – und/oder marode.

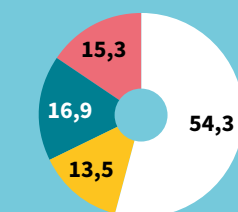
Die Binnenschifffahrt hätte indes noch Kapazitäten. Allerdings nur, wenn der Staat mehr Geld in die Wasserstraßeninfrastruktur investiert. Dazu gehören auch Vorkehrungen, die den Wasserstand im Rhein so stabilisieren, dass er trotz Klimawandel möglichst ganzjährig schiffbar bleibt. Binnenschiffe sind zudem eine ökologisch sinnvolle Alternative für große Güterströme, da sie sehr geringe CO₂-Emissionen pro transportierter Tonne verursachen.

Wasserstraßen sind besonders alt

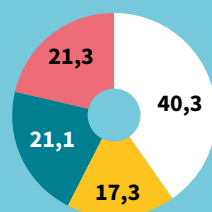
So viel Prozent des entsprechenden Bruttoanlagevermögens in Deutschland stammen aus Investitionen in diesem Zeitraum

■ bis 1991 ■ 1992 bis 2001 ■ 2002 bis 2011 ■ 2012 bis 2021

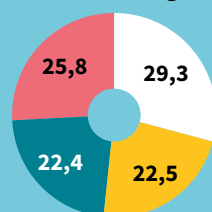
Wasserstraßen



Fernstraßen



Schienenwege



Quelle: Bundesministerium für Digitales und Verkehr © 2023 IW Medien / iwd



Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Sarah Neu, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,55/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ensnberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post

Zahl der Woche

38,7
Prozent



der offenen Stellen in den Hotel- und Gaststättenberufen konnten in Deutschland im Schnitt zwischen Anfang Juli 2022 und Ende Juni 2023 nicht besetzt werden. Das entspricht rund 17.000 Jobs in dieser Branche.

Besonders gravierend ist der Mangel in der Hotellerie: Hier fanden sich für fast 43 Prozent der vakanten Stellen keine Bewerber. Am größten ist die Fachkräftelücke bei den Köchen – im Schnitt fehlten 7.555.

Ursache für die Fachkräfteengpässe in der Branche ist in erster Linie das gesunkene Arbeitskräfteangebot. So ist die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen, die eine qualifizierte Fachkrafttätigkeit in diesen Berufen sucht, stark gesunken und liegt nur noch bei der Hälfte des Vor-Corona-Werts. Zudem ist auch die Zahl der offenen Stellen in dieser Branche gestiegen, sie liegt aber noch unter dem Wert von vor der Pandemie. Auch künftig dürften viele Restaurants und Hotels ihr Serviceangebot einschränken: Seit Jahren bewerben sich immer weniger Jugendliche für eine Ausbildung in Hotel- und Gaststättenberufen. So ist ihre Zahl von 33.000 im Jahr 2009 auf nur noch 12.000 im Jahr 2022 gesunken. Der Anteil der unbesetzten Ausbildungsstellen ist dementsprechend hoch: In der Systemgastronomie beträgt er rund 18 Prozent, bei den Kaufleuten für Hotelmanagement ist er mit annähernd 22 Prozent am höchsten.

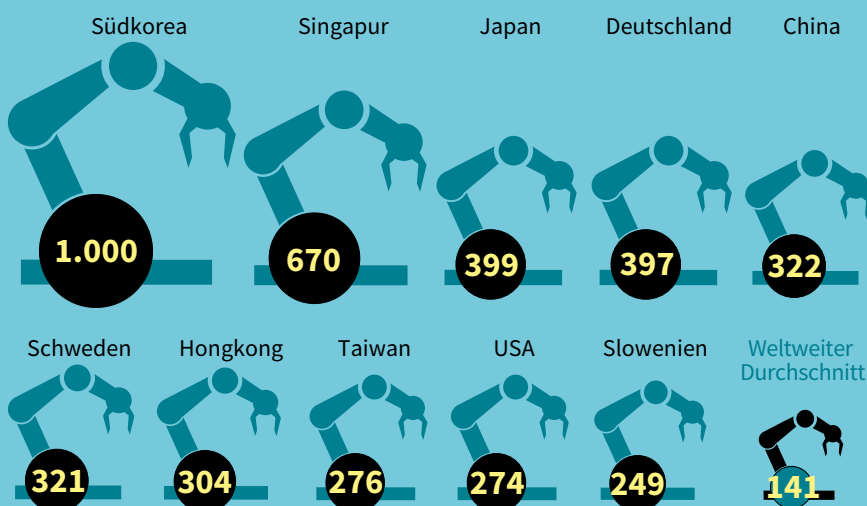
iwkoeln.de/hoga-berufe.de

Top-Liste: Roboter in der Industrie

Im Jahr 2021 waren in den Industriebetrieben weltweit so viele Roboter im Einsatz wie nie zuvor. Seit 2016 hat sich ihre Zahl fast verdoppelt – auf nahezu 3,5 Millionen. Im Ländervergleich liegt Südkorea mit 1.000 Robotern je 10.000 Beschäftigte deutlich vorne. Deutschland belegt im weltweiten Ranking den vierten Platz. Laut einer Prognose der International Federation of Robotics wird sich die Zahl der eingesetzten Roboter bis 2025 um durchschnittlich 7 Prozent pro Jahr erhöhen. Demnach verstärkt sich der Trend zum Kollegen Roboter in den nächsten Jahren weiter. Aktuell macht sich diese Entwicklung bereits in verschiedenen Branchen bemerkbar: Vor allem in der Elektrotechnik und Automobilindustrie ist die Nachfrage nach der Verwendung von Industrierobotern im Jahr 2021 stark angestiegen.

Industrieroboter: Südkorea an der Spitze

So viele Roboter wurden je 10.000 Beschäftigte in der Industrie im Jahr 2021 eingesetzt



Quelle: International Federation of Robotics
© 2023 IW Medien / iwd

iwd